

Armin König

Das Saarland mutig umbauen

2014

## **Rede bei der Dialogveranstaltung der CDU Saar am 24. September 2014**

**Armin König**

Demografie ist nicht sexy, Verwaltungsreformen sind es auch nicht.

Aber wenn wir die Zukunft dieses Landes sichern wollen, geht dies dauerhaft nur, wenn wir bereit sind, das Saarland mutig zu modernisieren.

Informationsgesellschaft, Demografischer Wandel, Schuldenbremse, Finanznot des Landes, Finanznot der Kommunen – alles ändert sich. Wir erleben gerade das Ende der Welt, wie wir sie kannten.

Wir leben im 21. Jahrhundert – aber die Verwaltungsabläufe sind immer noch die Prozesse des letzten Jahrhunderts.

Mit der Verteidigung des Status quo werden wir das Land nicht retten.

Natürlich brauchen wir Hilfe vom Bund. Die ist unverzichtbar, um die Finanzen des Landes und der Städte und Gemeinden zu sanieren.

Die Probleme, mit denen wir zu kämpfen haben, sind letztlich keine kommunalen Probleme mehr, sondern gesamtgesellschaftliche Probleme. Wir können uns die Gesellschaft nicht so backen, wie wir sie gerne hätten. Stattdessen erleben wir dramatische Ausgabensteigerungen in der Jugendhilfe, weil trotz Kinderrückgang immer mehr Kinder und Jugendliche in Heimen untergebracht werden.

Wir erleben Scheidungen, unterbrochene Erwerbsbiografien und viele weitere Probleme.

Darüber hinaus ist mit Hartz IV eine Umschichtung der Lasten erfolgt – wir als Kommunen stellen seither keine Entlastung, sondern eine dramatische BELASTUNG fest.

Niemand weiß bisher genau, wie diese Reform gelingen kann.

Das gilt für jeden von uns.

Tatsache ist aber, dass die Finanzlage, die Verschuldung und die ungebremsten Kreisumlagen zwangsläufig eine Neuausrichtung verlangen.

Wenn das Saarland auch angesichts der Diskussionen um den Föderalismus überleben will, muss es sich neu erfinden, um nicht von der Landkarte zu verschwinden.

Es geht nicht um Schuldzuweisungen.

Es geht um Zukunftsfestigkeit der Reformen.

Der Beschluss des Landesvorstands und der Landtagsfraktion zeigt erste richtige Schritte. Aber noch immer lässt er die Landkreise in ihren Grenzen unangetastet, obwohl gerade die Kreise große Kostentreiber sind, die die Kommunen erst in die Notlage getrieben haben.

Und deshalb muss es erlaubt sein, im Sinne einer Profilbildung des Landes im Konzert der Bundesländer über ein mutiges Modell nachzudenken, das gar keine Kreise mehr oder nur

noch einen Kreis-Ersatz als Gemeindeverband und damit als Mittelbehörde und Kontrollbehörde vorsieht.

Sollte dies nicht möglich sein, muss über die Abschaffung der Inkompatibilität Bürgermeister/Kreistage ebenso diskutiert werden wie über die Reduzierung der Kreise.

Und es ist im übrigen systemwidrig, dass Landräte, die historisch gesehen immer Staatsbeamte waren, direkt gewählt werden.

Ich finde es gut, dass die CDU Saar die Initiative für eine Reform des Saarlandes ergriffen hat.

Über den Weg muss man streiten. Das ist auch gut so. Ich glaube, dass wir erst am Anfang einer heißen Debatte stehen. Die können wir nur mit den Bürgerinnen und Bürgern führen. Und die müssen wir auch untereinander sehr offen führen. Demokratie lebt von mutigen Debatten.

Dazu gehört auch das Streiten über unangenehme Themen wie Demografie und Verwaltungsreformen.

Demografie ist nicht sexy, Verwaltungsreformen sind es auch nicht.

Trotzdem müssen wir diese Debatten führen – ohne Tabus, ohne falsche Scheu -, um die Zukunft des Landes zu sichern.

Ich plädiere dabei für mutige Schritte – auf einem Entwicklungspfad von zwölf bis fünfzehn Jahren. Das Papier der Klausurtagung kann dabei nur ein Anfang sein.

Pressemeldung

Armin König für einen mutigen Umbau des Saarlandes

**Saarbrücker Zeitung und Saarländischer Rundfunk haben umfangreich darüber berichtet: Auf der Politikseite, der Landespolitik, in den Nachrichten, der Bilanz am Abend, im Fernsehen – aber natürlich nur in Ausschnitten. Deshalb hier der Text zum Umbau des Saarlandes im Zusammenhang. Dass der notwendig sein wird angesichts der dramatischen Finanzlage und der Schuldenbremse, steht außer Frage.**

### **Armin König: Saarland mutig umbauen**

Der Illinger Bürgermeister Armin König plädiert für einen mutigen Umbau der Verwaltungsstrukturen des Saarlands in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren. So schlägt er – einen Tag vor der Klausur des CDU-Landesvorstands und der CDU-Landtagsfraktion – ein Zukunftsministerium für Digitalisierung, Vernetzung und Demografie vor. Die Landkreise sollten abgeschafft, Sozial- und Jugendhilfe einheitlich auf Landesebene organisiert werden. Anstelle der Landkreise sollten regionale Kompetenzzentren für digitale Administration und Wirtschaftskooperation kommunale Leistungen, die nicht auf direkte Bürgernähe angewiesen sind, bündeln. Die Städte und Gemeinden müssten sich dafür von einem Teil ihrer Verwaltungsleistungen trennen. Kooperation einerseits und lokale Profilierung in Sport, Kultur und Bildung sollten im Vordergrund stehen. Auch durch die Unternehmen müsse ein Ruck gehen. Der langweilige und nichts sagende Slogan “Großes entsteht immer im Kleinen” solle ersetzt werden durch den Slogan “Wer uns findet, findet uns Spitze”. Das erfordere einerseits eine stärkere Neuausrichtung auf Spitzenleistungen, Spitzenforschung, Spitzenkultur, Spitzensport, Spitzengastronomie und “Spitzenpolitik”, andererseits neue soziale Kompetenzen in Inklusion, Informationsfreiheit Transparenz und Bürgerpartizipation. Der Grundsatz: Weniger Verwaltung, mehr Innovation, mehr Teilhabe.

Das Land müsse flächendeckend fit gemacht werden für die Digitalisierung und Demografie. Dazu gehöre auch die Bereitschaft, Phänomene wie Schrumpfung, Alterung und Mobilitätseinschränkungen anzuerkennen. Deshalb solle das kleine Saarland zu einem großartigen Musterland für Inklusion, Transparenz und Bürgerpartizipation werden. Kein Flächenland sei dafür besser geeignet. Das bedinge umfassende Barrierefreiheit in Soft- und Hardware, kleine Klassen und den Einsatz modernster Lernmittel und neue und bezahlbare Mobilitätsformen im Nahverkehr. Und es verlange Mut.

Das Saarland müsse Abschied nehmen von Mittelmaß und Beliebigkeit. Dies seien in der bisherigen Form nicht mehr zu finanzieren. Kommunale Finanznot, Schuldenbremse, Demografie und Wirtschaftsentwicklung verlangten eine fundamentale Neuausrichtung. “Wir müssen uns neu erfinden, damit wir nicht von der Landkarte verschwinden”.

Die digitale Infrastruktur des Landes (Breitband, Internet, Vernetzung, eGovernment) müsse flächendeckend verbessert, die Profile der Ministerien verändert werden. Landesweit solle das Prinzip der selbstständigen Schulen mit weitgehenden lokalen Kompetenzen eingeführt werden. Auch die Wissenschaftsinstitutionen des Landes müssten neu ausgerichtet werden.

Um dies alles zu finanzieren, seien eine Entrümpelung der Strukturen, eine Straffung der Abläufe und mehr Vernetzung und Profil notwendig. Dazu gehöre auch ein landesweiter Bäderverbund. Der Brandschutz müsse standardisiert werden. Dies müsse partizipativ und

transparent mit den Bürgern, den Institutionen und den Ehrenamtlern in den Vereinen entwickelt werden – in Open Space Konferenzen, World Cafés, Bürgerdialogen, Runden Tischen.

“Wir können uns nicht mehr alles leisten. Deshalb müssen wir Mut haben, Nein zu sagen. Die Wahrheit ist den Bürgern zumutbar. Wir brauchen aber auch den Mut, Ja zu sagen zu mutigen neuen Lösungen, um den Menschen und der Wirtschaft eine Perspektive zu bieten”.

12.9.2014



# 4 **Die Zukunftsfähigkeit des Saarlandes** 5 **langfristig sichern** 6

## 7 **Demographiefeste und zukunftsfähige Infrastruktur:** 8 **Eine gemeinsame Aufgabe für Land, Kreise, Städte und Gemeinden** 9

10  
11 Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes gehört zu den wichtigsten und zu-  
12 gleich schwierigsten Aufgaben der saarländischen Politik auf allen Ebenen. Dafür braucht  
13 es eine mutige Politik, die das Saarland von morgen gestaltet und gleichzeitig die konse-  
14 quente und nachhaltige Haushaltssanierung sowie die richtigen Weichenstellungen für  
15 eine demographiefeste, bürgernahe und qualitativ hochwertige öffentliche Infrastruktur  
16 vornimmt. Dies kann nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Land, Kreisen sowie  
17 Städten und Gemeinden gelingen. Durch gegenseitige Schuldzuweisungen oder ein Aus-  
18 spielen der Interessen einzelner Ebenen würden wir unserer gemeinsamen Verantwortung  
19 nicht gerecht.

20  
21 Die CDU im Saarland hat sich diesen Herausforderungen stets in der Verantwortung für  
22 das ganze Land gestellt. Wir sind die politische Kraft im Saarland, die von Anfang an ent-  
23 schieden für die Einführung der Schuldenbremse – einschließlich der daran geknüpften  
24 Konsolidierungshilfen des Bundes – eingetreten ist. Nur so hat unser Land eine Möglich-  
25 keit, aus der Schuldenspirale herauszukommen, die vom Bundesverfassungsgericht bestä-  
26 tigte unverschuldete Haushaltsnotlage zu überwinden und seine Eigenständigkeit langfris-  
27 tig zu sichern. Unser Bekenntnis war dabei stets, dass wir nicht auf Kosten der nachfol-  
28 genden Generationen leben wollen, denn christdemokratische Politik behält auch die Le-  
29 bensqualität unserer Kinder und Enkelkinder im Blick.

30  
31 Wir setzen Prioritäten und verfolgen diese konsequent. Mit einem klaren Bekenntnis zu  
32 Strukturreformen und zur Haushaltskonsolidierung sind wir vor zweieinhalb Jahren bei der  
33 Landtagswahl angetreten und haben das Vertrauen der Saarländerinnen und Saarländer  
34 erhalten, die sich für ein starkes, politisch verantwortungsbewusstes und stabiles Regie-  
35 rungsbündnis unter der Führung der CDU ausgesprochen haben.

36  
37 Auf dieser Grundlage hat die CDU-geführte Landesregierung in der ersten Hälfte der lau-  
38 fenden Legislaturperiode das umgesetzt, was wir zuvor angekündigt haben. Wir haben  
39 konkrete Sanierungsmaßnahmen eingeleitet und die Nettokreditaufnahme um 65 Millio-  
40 nen Euro pro Jahr zurückgeführt. Wir haben wesentliche Bereiche der Landesverwaltung,  
41 etwa die Polizei, die Hochschulen oder die Landesbeteiligungen, tiefgreifenden Struktur-  
42 reformen unterzogen. Und wir werden auf Landesebene den Weg mutiger Strukturrefor-  
43 men weitergehen.

44  
45 Ein zentraler Schwerpunkt unserer gemeinsamen Arbeit in der zweiten Hälfte der Legisla-  
46 turperiode wird es sein, neben der Landesverwaltung auch die kommunalen Verwaltungs-  
47 strukturen demographiefest und zukunftsfähig aufzustellen. Neben dem Mut zu notwen-

48 digen Veränderungen ist eine weitere unverzichtbare Voraussetzung für ein erfolgreiches  
49 Gelingen, alle betroffenen Akteure von Beginn an zu beteiligen und die notwendigen Ver-  
50 änderungs- bzw. Verbesserungsprozesse in einem solidarischen und fairen Miteinander  
51 gemeinsam anzugehen und umzusetzen.

52

53 Die folgenden prioritären Aufgabenstellungen und Handlungsoptionen für alle Verwal-  
54 tungsebenen, die der Landesvorstand und die Landtagsfraktion der CDU Saar gemeinsam  
55 erarbeitet haben, verstehen sich daher als Grundlage, auf welcher der Dialog hierüber an-  
56 gestoßen und intensiviert werden soll.

57

58

59

### 60 **Für eine demographiefeste und zukunftsfähige Infrastruktur auf allen Ebenen:**

61

62 ▪ Das gemeinsame Ziel von Land, Kreisen sowie Städten und Gemeinden muss sein, für  
63 die Bürgerinnen und Bürger eine zukunftsfähige Infrastruktur und Versorgung mit öf-  
64 fentlichen Dienstleistungen flächendeckend zu sichern. Im Hinblick auf die Situation  
65 der öffentlichen Haushalte und die demographische Entwicklung kann diese Siche-  
66 rung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land, neben einem konsequenten  
67 Konsolidierungskurs, nur durch mehr Zusammenarbeit und eine effektivere Aufga-  
68 benwahrnehmung gelingen.

69

70 ▪ Unser Ziel besteht darin, im Land mit einer schlanken und effizienten Verwaltungs-  
71 struktur die Steuerungsfunktion verantwortungsbewusst wahrzunehmen und die  
72 Haushaltskonsolidierung zu bewältigen. Auf Ebene der Landkreise wollen wir durch  
73 Konzentration auf deren gesetzliche Pflichtaufgaben die Belastung der Städte und  
74 Gemeinden durch die Umlagefinanzierung so weit wie möglich reduzieren. Und durch  
75 effiziente, bürgernahe und qualitativ hochwertige Infrastruktureinheiten wollen wir  
76 die Städte und Gemeinden so aufstellen, dass die Struktur der Aufgabenwahrneh-  
77 mung den Bedarfen der Bürger nach Infrastruktur und kommunaler Dienstleistung  
78 folgt.

79

80 ▪ Dabei halten wir an dem bewährten Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung durch  
81 die Bürger für die Bürger fest. Im Mittelpunkt unserer Politik steht daher das Interesse  
82 der Bürger nach kosteneffizienten, bürgernahen und qualitativ hochwertigen Infra-  
83 strukturen und kommunalen Dienstleistungen. Eine Verwaltung, die kein Selbstzweck  
84 sein will, muss sich auf allen Ebenen daran ausrichten.

85

86 ▪ Kommunale Selbstverwaltung heißt für uns aber auch Subsidiarität der Entschei-  
87 dungen. Wir wollen auf die positiven Effekte der kommunalen Selbstverwaltung für bür-  
88 gerschaftliches Engagement und Identität nicht verzichten. Daher setzen wir, soweit  
89 dadurch das Ziel einer effizienten, bürgernahen und qualitativ hochwertigen Verwal-  
90 tung für alle Bürger erreicht wird, auf Freiwilligkeit und Entscheidungen vor Ort.

91

92

93

94

95



96 **Für eine schlanke und effiziente Landesverwaltung, die ihre Steuerungsfunktion**  
97 **verantwortungsbewusst wahrnimmt und die Haushaltskonsolidierung konsequent**  
98 **fortsetzt:**

- 99
- 100 ▪ Die CDU-geführte Landesregierung wird ihren eingeschlagenen Weg des Sparens und  
101 Gestaltens weiter fortsetzen. Dazu gehören die Reorganisation des Öffentlichen  
102 Dienstes auf der Grundlage des gemeinsam mit den Gewerkschaften und Personalver-  
103 tretungen vereinbarten Konzeptes „Zukunftssichere Landesverwaltung“, die Umset-  
104 zung der vom Landtag beschlossenen Eckpunkte zur Hochschulentwicklung, die Neu-  
105 strukturierung der Landesgesellschaften, der erfolgreiche Abschluss der Polizeireform  
106 oder eine verbesserte Systemsteuerung bei den großen Ausgabenblöcken. Mit diesen  
107 und weiteren Maßnahmen hat die CDU-geführte Landesregierung bereits dokumen-  
108 tiert, dass sie willens und in der Lage ist, im Dialog mit jeweils betroffenen Akteuren  
109 wichtige und nachhaltige Weichenstellungen zu treffen und die damit verbundenen  
110 Chancen auszuschöpfen. Daran gilt es anzuknüpfen.
- 111
- 112 ▪ Trotz aller bereits erzielten Konsolidierungserfolge des Landes bleiben die teils erheb-  
113 lichen Unterschiede zwischen den Bundesländern bei der Höhe der Zinsausgaben und  
114 Versorgungslasten ohne eigene Regelung hierfür bestehen und bedrohen die im  
115 Grundgesetz garantierten gleichwertigen Lebensverhältnisse in Deutschland. Daher  
116 ist es zwingend notwendig, bei der anstehenden Neuordnung der Bund-Länder-  
117 Finanzbeziehungen eine Angleichung der Ausgangsbedingungen und eine aufgaben-  
118 gerechte Finanzausstattung aller Länder durch eine Lösung der Altlastenproblematik  
119 zu erreichen. Zur Finanzierung eignen sich die Einnahmen aus dem Solidaritätszu-  
120 schlag. Daher setzen wir uns mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein,  
121 dass das Finanzvolumen des Solidaritätszuschlags nach dem Auslaufen des Solidarpak-  
122 tes im Jahr 2019 vollständig erhalten bleibt und für eine dauerhafte Lösung der Altlas-  
123 ten genutzt wird.
- 124
- 125 ▪ Diese angestrebte Altlastenregelung soll neben den Landes- auch die Kommunalfinan-  
126 zen umfassen. Die Verhandlungen mit dem Bund und den Ländern darüber werden al-  
127 lerdings nur dann eine Chance haben, wenn das Land, die Kreise und die Städte und  
128 Gemeinden nachweisbar aus eigener Kraft alles dafür tun, um ihre Zukunftsfähigkeit  
129 zu sichern.
- 130
- 131
- 132

133 **Für eine nachhaltige Senkung des Umlagebedarfs durch eine funktionale Reorganisati-**  
134 **on der Kreise:**

- 135
- 136 ▪ Die Haushalte der Landkreise und des Regionalverbandes Saarbrücken finanzieren  
137 sich durch Umlagen der jeweils zugehörigen Kommunen. Diese Umlagen betragen mit  
138 derzeit 50 bis 60 Prozent mehr als die Hälfte der Einnahmekraft der Städte und Ge-  
139 meinden und haben dadurch einen massiven Anteil an deren Verschuldung. In Aner-  
140 kennung der Tatsache, dass die Sozialkosten durchschnittlich rund 75 Prozent der  
141 Kreisausgaben ausmachen sowie weitere Pflichtaufgaben hinzukommen, liegt gleich-  
142 wohl eine Hauptursache tendenziell steigender Umlagen darin, dass die Umlagefinan-  
143 zierung zu geringe Anreize zu Sparanstrengungen setzt. Dabei verkennen wir nicht,  
144 dass die Landkreise ihrer Kostenverantwortung sehr unterschiedlich gerecht werden.

145 Der Druck der Haushaltskonsolidierung ist jedoch trotz in einigen Landkreisen bereits  
146 erfolgten Anstrengungen bislang bei weitem nicht so stark wie beim Land oder bei den  
147 Städten und Gemeinden.

148

149 ■ In der konsequenten Umsetzung fest definierter, überprüfbarer Maßnahmen zur  
150 Haushaltskonsolidierung im Bereich der Aufgabenausführung und der Arbeitsprozes-  
151 se anhand von Kennziffern sehen wir das größte Potenzial, wie die Kreise künftig ei-  
152 nen stärkeren Beitrag zur Schuldenbremse leisten können. Weiterhin gehören hierzu  
153 insbesondere eine Beschränkung der gesetzlichen Pflichtaufgaben und grundsätzlich  
154 eine Konzentration auf diese sowie Personaleinsparungen durch eine Stellen- bzw.  
155 Personaldeckelung. Als Grundlage soll eine Aufgabenkritik aller Einzelbereiche die-  
156 nen, die einen Vergleich der Kreise untereinander sowie auch mit den Kreisen der üb-  
157 rigen westdeutschen Flächenländer ermöglicht und aus der die erforderlichen Schluss-  
158 folgerungen abgeleitet werden können.

159

160 ■ Bestandteil des Konsolidierungspfades der Kreise soll zudem eine Neuorganisation  
161 der Aufgabenbereiche sein, die auch eine Bündelung bzw. Übertragung bestimmter  
162 Leistungen zum Ergebnis haben kann, sofern sich auf diese Weise positive Effekte er-  
163 zielen lassen. Eine solche funktionale Restrukturierung sollte vom Land durch finanzia-  
164 le Anreize gefördert werden.

165

166 ■ Der Bestand der mittleren Verwaltungsebene in ihrem derzeitigen Zuschnitt wird  
167 durch diese Neuordnung nicht von vornherein in Frage gestellt. Die Landkreise und  
168 der Regionalverband Saarbrücken sollen vielmehr aktiv zu deren Gelingen beitragen.  
169 Ob die politischen Strukturen der Kreisebene im Zuge dessen einer Veränderung be-  
170 dürfen, um eine effizientere Selbstverwaltung zu erreichen, kann erst mittelfristig,  
171 nach einer fundierten Evaluierung und im Dialog mit den betroffenen Akteuren, ent-  
172 schieden werden.

173

174

175

176 **Für leistungsfähige, bürgernahe und ausgewogen dimensionierte kommunale Infra-**  
177 **struktureinheiten:**

178

179 ■ Die saarländischen Städte und Gemeinde zählen zu den am höchsten verschuldeten  
180 Kommunen in ganz Deutschland. Ein wesentlicher Baustein zur Umkehr dieser Ent-  
181 wicklung liegt in der weiteren Umsetzung der kommunalen Schuldenbremse ein-  
182 schließlich aller damit verbundenen Einsparungen, Verbesserungen der Einnahme-  
183 möglichkeiten und strukturellen Optimierungen. Dazu gehört eine strikte Berücksich-  
184 tigung des gebotenen Konsolidierungskurses durch die Kommunalaufsicht bei den  
185 Haushaltsgenehmigungen. Hierbei haben sich die Kommunen, analog zu den Kreisen,  
186 einer vergleichenden Analyse ihrer Einzelbereiche zu stellen und die sich daraus erge-  
187 benden notwendigen Konsolidierungsschritte einzuleiten.

188

189 ■ Die demographische Entwicklung bringt das Erfordernis der Anpassung und Neuaus-  
190 richtung öffentlicher Einrichtungen an eine kleiner und älter werdenden Gesellschaft  
191 unweigerlich mit sich. Der Erhalt und die qualitative Verbesserung bestehender Infra-  
192 strukturen scheitern allerdings immer häufiger an der mangelnden Investitionskraft  
193 der einzelnen Kommunen. Gleichzeitig verändert sich durch den Bevölkerungsrück-

194 gang der Bedarf an öffentlichen Angeboten, was große Chancen hinsichtlich der inter-  
195 kommunale Bündelung bestimmter Querschnittsaufgaben mit sich bringt, die noch zu  
196 wenig ausgeschöpft werden. Für uns steht fest, dass die konkrete Umsetzung inter-  
197 kommunaler Konsolidierungs- und Kooperationsmaßnahmen auf Grundlage der kom-  
198 munalen Selbstverwaltungsgarantie vor Ort entwickelt werden muss – nämlich dort,  
199 wo sich ihre Auswirkungen entfalten. Das ist zudem ein wesentlicher Beitrag, damit  
200 die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger angemessen berücksichtigt werden. Bei  
201 einer gemeinsamen Strategie von Land, Kreisen sowie Städten und Gemeinden bedarf  
202 es jedoch einheitlicher Kriterien und Maßstäbe, die eine Vergleichbarkeit bzw. Er-  
203 folgskontrolle ermöglichen.

204

205 ■ Um die interkommunale Kooperation gezielt zu fördern, sprechen wir uns für den  
206 freiwilligen Zusammenschluss von Kommunen zu sinnvollen Infrastruktureinheiten  
207 aus, die sich in der Regel an Einwohnerzahlen von 30.000 bis 50.000 orientieren, dabei  
208 aber auch siedlungsgeografische Aspekte berücksichtigen. Im Dialog mit allen Akteu-  
209 ren soll die Landesregierung eine Rahmenplanung für die Wahrnehmung von Quer-  
210 schnittsaufgaben erarbeiten, die klare Empfehlungen, Richtwerte und Kennziffern für  
211 eine angemessene Ausstattung je Infrastruktureinheit an öffentlichen Angeboten und  
212 Einrichtungen enthält. Die Einhaltung dieser Empfehlungen soll in die Entscheidung  
213 über die Zuteilung dafür bestimmter Fördermitteln als Anreiz dienen.

214

215 ■ In einer ersten dreijährigen Phase der freiwilligen Infrastrukturkooperation sollen die  
216 Kommunen durch klar strukturierte Empfehlungen des Landes auf Grundlage der  
217 Rahmenplanung begleitet werden. Die daraus resultierenden Ergebnisse sollen an-  
218 schließend dahingehend evaluiert werden, ob die Empfehlungen des Landes ausrei-  
219 chend waren oder ob weitergehende Maßnahmen zur Bildung effizienter Infrastruk-  
220 tureinheiten notwendig sind. Zur politischen Legitimation und zur koordinierten Um-  
221 setzung sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die an  
222 einer Infrastruktureinheit beteiligten Kommunen gemeinsame Ausschüsse bilden, die  
223 mit Vertretern der Gemeinde- bzw. Stadträte besetzt werden.

224

225 ■ Zur Unterstützung der Kommunen bei der Rückführung ihrer strukturellen Defizite  
226 wird die CDU-geführte Landesregierung alle Wege prüfen, um eine tragfähige An-  
227 schlussregelung für den Ende 2014 auslaufenden Kommunalen Entlastungsfonds  
228 (KELF) zu finden. Außerdem sollen Landesregierung und Kommunen im Rahmen der  
229 Verhandlungen zum Kommunalpaket weitere Maßnahmen erörtern, die die Kommu-  
230 nen finanziell entlasten (z.B. Einführung wiederkehrender Beiträge für den Straßen-  
231 bau, Verankerung eines strikten Konnexitätsprinzips). Zur Entlastung der Ausgaben-  
232 seite der Städte und Gemeinden werden mittelfristig auch die verstärkten Konsolidie-  
233 rungsbemühungen der Kreise beitragen, die einen weiteren Anstieg der Umlage ver-  
234 hindern bzw. abmildern.

235

236

237

238 **Für die zügige Vereinbarung eines ersten Maßnahmenpakets:**

239

240 ■ Weil wir uns der Verantwortung für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Lan-  
241 des bewusst sind, wollen wir zügig konkrete Maßnahmen für die weitere Umsetzung  
242 einer entschiedenen Haushaltsdisziplin und Kostenverantwortung auf den Weg brin-

243 gen. Im Rahmen eines solchen Maßnahmenpakets wird das Land eine faire Verteilung  
244 der öffentlichen Ausgabenlasten insbesondere durch die Einhaltung eines strikten  
245 Konnexitätsprinzips zusichern, gleichzeitig den Gemeinden, Städten und Kreisen we-  
246 sentliche eigene Konsolidierungsbeiträge abverlangen.

247  
248 ■ Zu den ersten Maßnahmen, die zu vereinbaren sind, zählt für den Bereich der Kom-  
249 munen eine strikte Haushaltsgenehmigungspraxis durch die Kommunalaufsicht, die  
250 Einführung wiederkehrender Beiträge für den Straßenbau und die Förderung der Bil-  
251 dung gemeinsamer Ausschüsse auf der Ebene sinnvoller Infrastruktureinheiten. Für  
252 den Bereich der Kreise sollen zeitnah eine Stellen- bzw. Personaldeckelung, die Festle-  
253 gung von Kennziffern zur Aufgabenkontrolle sowie die Prüfung der Bündelung bzw.  
254 Übertragung einzelner Aufgabenbereiche mit dem Ziel der Konzentration der Kreise  
255 auf ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben vereinbart werden.

256  
257  
258

259 ***Dieses Papier versteht sich als Diskussionsangebot, das wir mit den kommunalen Akteuren***  
260 ***erörtern und weiterentwickeln werden. Auf dieser Grundlage werden wir nach einem breit***  
261 ***angelegten Dialog auf dem Landesparteitag am 21./22. November unsere Ziele für eine***  
262 ***demographiefeste und zukunftsfähige Infrastruktur konkretisieren und daraus Arbeitsauf-***  
263 ***träge für die zweite Hälfte der Legislaturperiode entwickeln.***